

## Thailand: Nach der Wahl ist vor der Wahl?

von Nicola Glass

April 2019

Am 24. März 2019 wurden in Thailand erstmals seit dem Putsch vom Mai 2014 Parlamentswahlen abgehalten. Allerdings war die Abstimmung, die das Militär wiederholt hinausgezögert hatte, alles andere als frei und fair. Zugleich zeigt sich, dass das Land weiter tief gespalten ist.

Klar ist, dass wenig klar ist: Nach dem Urnengang herrschen Chaos, Frust und gar Wut im Land. Mehr als 51 Millionen Wahlberechtigte, davon sieben Millionen Erstwähler\*innen, waren am 24. März dazu aufgerufen, die 500 Mandate des thailändischen Unterhauses zu bestimmen, davon 350 in den Wahlkreisen direkt, die anderen 150 entsprechend des Stimmenanteils der jeweiligen Parteien und deren Listen. Vorläufige Ergebnisse ließ die Wahlkommission nur per Salamtaktik durchsickern: Am 28. März verkündete sie, die erst 2018 gegründete militär-treue *Palang Pracharath Partei*, die den einstigen Armeechef und heutigen Juntachef Prayut Chan-ocha zu ihrem Spitzenkandidaten kürte, habe die meisten Stimmen erhalten. Wogegen die oppositionelle *Puea Thai*, das politische Lager um Ex-Premierminister Thaksin Shinawatra und dessen Schwester, die einstige Regierungschefin Yingluck Shinawatra, mehr Sitze erringen konnte.

Demnach stimmten 8,4 Millionen Wähler\*innen für die *Palang Pracharath Partei*, für die *Puea Thai* 7,9 Millionen. Auf Platz drei landete mit über 6,2 Millionen Stimmen die ebenfalls erst 2018 gegründete *Phak Anakhot Mai (Future Forward Party)*. Diese warb vor allem um junge Wähler\*innen und gibt sich progressiv, indem sie sich mit deutlichen Worten gegen die regierende Junta positioniert. Offenbar bot die *Future Forward Party* unter Thanathorn Juangroongruangkit, dem milliardenschweren Spross einer Unternehmerfamilie, auf diese Weise eine Alternative für viele in der Bevölkerung, die das reaktionäre Militärregime ablehnen, sich aber gleichzeitig auch nicht für etablierte Parteien wie *Puea Thai*, *Bhumjaithai* oder die *Democrat Party (DP)* erwärmen konnten.

## Wahlverliererin *Democrat Party*

Letztgenannte war am 24. März die große Verliererin. So konnte die *Democrat Party* lediglich 3,9 Millionen Stimmen einfahren. Bisherigen Angaben nach gewann sie selbst in der Hauptstadt Bangkok, neben einem Teil der südlichen Provinzen ihre Hochburg, keinen einzigen Sitz. Ihre offenbar wenig überzeugende Politik hatte viele Wähler\*innen vergrault. Diese dürften entweder zur *Palang Pracharath* oder *Future Forward Party* abgewandert sein. Zwischen 2006 und 2014 hatte Thailands älteste Partei zwei Mal Wahlen boykottiert, weil sie sich gegen das politische Lager des Shinawatra-Clans nicht behaupten konnte und damit jeweils eine Staatskrise ausgelöst. Eine Reihe von DP-Abgeordneten hatte sich zudem an die Spitze der antidemokratischen, als faschistoid kritisierten Bewegung *People's Democratic Reform Committee (PDRC)* unter dem berüchtigten Suthep Thaugsuban gestellt, einem einstigen Vize-Premierminister. Die *PDRC* hatte zwischen Spätherbst 2013 und Frühjahr 2014 Demonstrationen gegen die damalige Yingluck-Regierung initiiert und so den Weg für den Putsch vom 22. Mai 2014 bereitet in der Absicht, endgültig mit den Shinawatras »aufzuräumen«. Im Zuge ihrer Proteste hatte die *PDRC* auch die vorgezogenen Neuwahlen vom 2. Februar 2014 derart gestört und blockiert, dass Thailands Verfassungsgericht die Abstimmung im Monat darauf annullieren ließ. Angerufen hatte das Gericht ausgerechnet die *Democrat Party*. Ihre entsprechende Forderung hatte die Partei damit begründet, die Wahl habe nicht – wie vom Gesetz gefordert – an einem Tag stattgefunden. Das war bizarr, denn schließlich hatten die »Demokraten« den Urnengang nicht nur boykottiert, sondern ein Gutteil offen bei der *PDRC* mitgemacht.

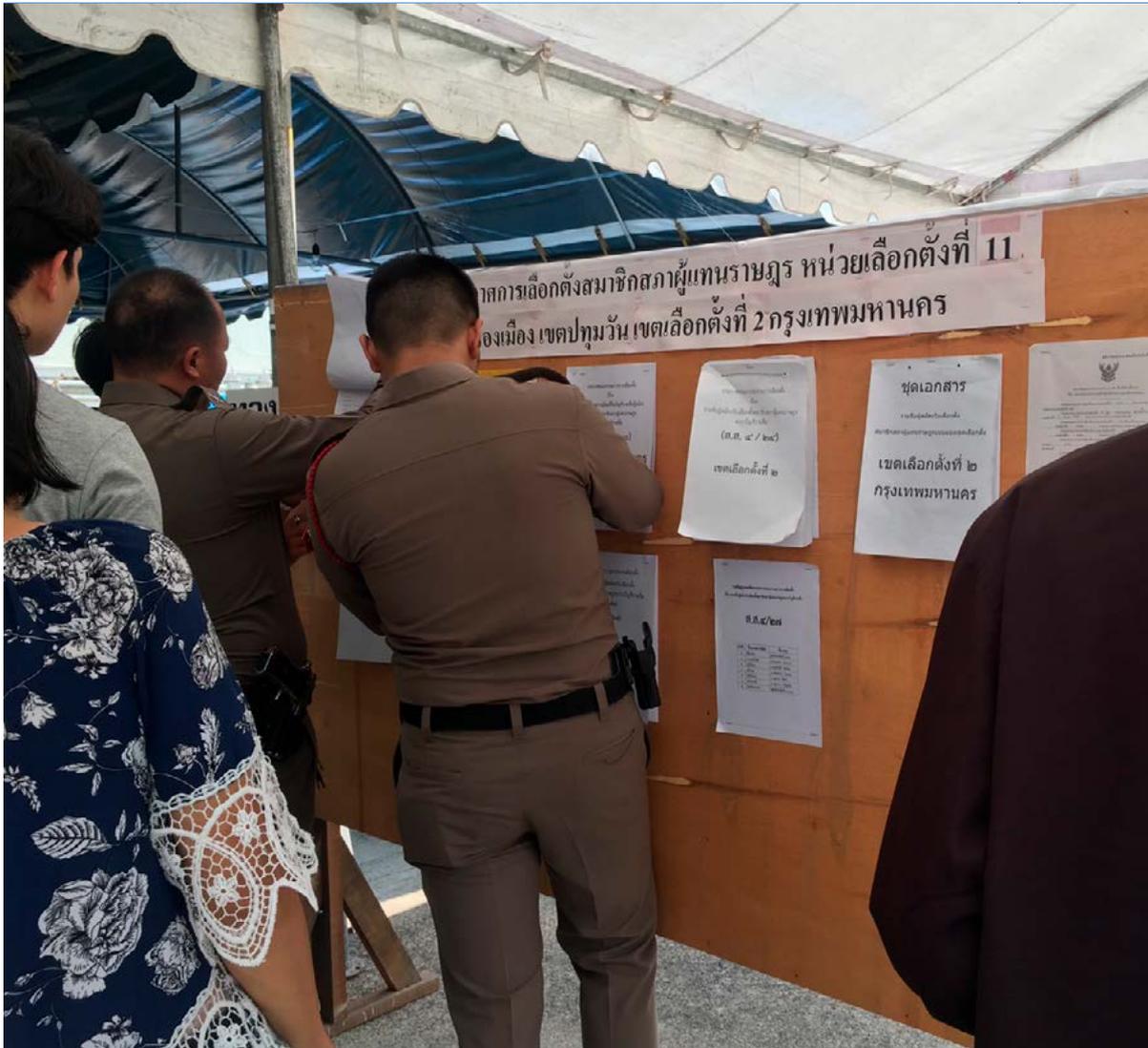
Nach dem miserablen Wahlergebnis vom 24. März trat Abhisit Vejjajiva vom Parteivorsitz zurück. Abhisit, der Ende 2008 nur mithilfe des Militärs ins Amt des Premierministers gehievt worden war und unter dessen DP-geführter Regierung im April und Mai 2010 die Massenproteste der oppositionellen »Rothemden« von der Armee blutig niedergeschlagen worden waren, hatte im Wahlkampf bekundet, er werde eine Rückkehr von Prayut als Premier nicht unterstützen. Wenig später räumte er ein, dies sei nicht offiziell Par-

teikonsens gewesen. In der ersten Aprilwoche berichtete die Zeitung *Bangkok Post* über ein informelles Treffen Dutzender DP-Mitglieder, die forderten, man solle sich möglichst noch vor dem 9. Mai auf die Seite der junta-treuen *Palang Pracharath* schlagen und damit weiteren Spekulationen über Koalitionsbündnisse entgegenreten. Darunter waren vor allem Hardliner aus den damaligen Reihen der *PDRC*.

## Wirre Lage und unklare Mehrheiten

Wegen unklarer Mehrheiten zieht sich die Regierungsbildung in die Länge. Denn die Wahlkommission gab am 28. März nicht die vollständige Sitzverteilung bekannt, sondern zunächst nur die Anzahl der 350 Direktmandate. Demnach errang die *Puea Thai* 137 Sitze, während die Armeepartei *Palang Pracharath* 97 Mandate gewann (in weiteren Medienberichten war von 117 die Rede). Indes hatte die *Puea Thai* verkündet, mit sechs weiteren Parteien, darunter der *Future Forward Party*, eine Koalition zu bilden. Der Name der Allianz lautet »Demokratische Front«. Auch die *Palang Pracharath* beansprucht die Regierungsbildung für sich. Da sie die meisten Stimmen erhalten habe, werde sie ebenfalls ein Bündnis schmieden, so die Parteiführung. Als Erfüllungsgehilfin der Militärregierung wurde sie hauptsächlich zu dem Zweck gegründet, dafür zu sorgen, dass Juntachef Prayut Premier bleiben kann. Sollte sich für das militär-treue Lager keine Mehrheit im Unterhaus abzeichnen, wird das Regime Wege finden, sich diese zu sichern; zumal die Militärs bereits gegen politische Gegner\*innen vorgehen. Offiziell will die Wahlkommission die restliche Sitzverteilung und damit das amtliche Endergebnis erst am 9. Mai bestätigen – nach der Krönung von König Vajiralongkorn.

Zudem kann sich die *Palang Pracharath* auf die 250 vom Militärregime ernannten Senator\*innen verlassen. Als Mitglieder des Oberhauses haben diese, ebenso wie das Verfassungsgericht, weitreichende Befugnisse. Bei bestimmten Gesetzesvorhaben können sie ihr Veto einlegen. Sollte sich ein zersplittertes, gar zerstrittenes Unterhaus nicht auf eine Person für das Amt des Regierungschefs oder der Regierungs-



Polizisten in einem Wahllokal im Bezirk Pathum Wan, Bangkok, helfen den Wähler\*innen zu überprüfen, ob ihre Namen in der Wahlliste eingetragen sind (Foto: privat).

chefin einigen können, hat der von der Junta handverlesen ausgewählte Senat außerdem die Macht, »nachzuhelfen«. In der neuen, 2017 in Kraft getretenen Verfassung ist festgelegt, dass auch ein sogenannter »Außenseiter« als Premierminister in Frage komme, also jemand, der kein gewähltes Mitglied des Parlaments ist. Ohnehin war die von einem junta-treuen Gremium ausgearbeitete Verfassung von vornherein darauf angelegt, die Macht der Militärs auf lange Sicht zu zementieren. Durch die Wahl wollen die Generäle sich zumindest den Anschein von Legitimität geben.

## Weder frei noch fair

Seit ihrer Machtübernahme am 22. Mai 2014 hatte die Junta angekündigte Wahltermine im-

mer wieder verschoben. Ganz offensichtlich spielten die Machthaber auf Zeit. Juntachef Prayut tourte 2018 bereits monatelang durch die Provinzen und sagte den Menschen Milliarden Baht an Entwicklungsgeldern zu, während allen anderen Parteien politische Aktivitäten noch verboten waren. Auch gab es übereinstimmende Medienberichte, wonach ein Kreis von Politikern, die einst dem Thaksin-Lager angehört hatten, sich daranmachten, weitere Überläufer\*innen für die *Palang Pracharath* anzuwerben.

Die Wahl am 24. März selbst war alles andere als frei und fair. Beobachter\*innen des *Asian Network for Free Election (ANFREL)* bescheinigten zwar, die Abstimmung sei friedlich verlaufen, kritisierten aber zugleich, sie habe nicht internationalen Standards entsprochen. Das Umfeld der Kampagnen sei massiv darauf aus-

gerichtet gewesen, die herrschende Militärjunta und die von ihr unterstützten Kandidat\*innen zu begünstigen, hieß es in dem am 27. März veröffentlichten Zwischenbericht. »Darüber hinaus blieben die nahezu absoluten Befugnisse, die durch den Artikel 44 der Interimsverfassung von 2015 an den Nationalen Rat für Frieden und Ordnung (NCPO) verliehen wurden, während des gesamten Wahlprozesses in Kraft und lasteten schwer über den Köpfen von Regimekritiker\*innen«, schrieb ANFREL weiter.

Berichten zufolge wurden in einer Reihe von Wahlbezirken mehr Stimmzettel ausgezählt als sich tatsächliche Wähler registriert hatten. Ein Armeeeoffizier war auf einem Fernsehvideo dabei ertappt worden, wie er in Wahlkabinen spähte, um mutmaßlich zu überprüfen, wie seine Untergebenen abgestimmt hatten. Stimmzettel von Übersee-Wähler\*innen aus Neuseeland erreichten Thailand erst nach Schließung der Wahllokale, woraufhin die Wahlkommission diese für ungültig erklärte. Oppositionspolitiker\*innen kritisierten zudem, die *Palang Pracharath Partei* habe lokale Behördenvertreter\*innen und Politiker\*innen »gekauft« und kündigt an, Beschwerde einzulegen.

## Drakonische Maßnahmen gegen die Opposition

Bislang wurde die Opposition nicht nur massiv gegängelt, sondern teils bereits mundtot gemacht. Im Februar war bekannt geworden, dass die *Thai Raksa Chart*, ein Ableger der *Puea Thai*, die älteste Schwester von König Vajiralongkorn als Spitzenkandidatin für das Amt der Premierministerin benannt hatte. Die von einem US-Bürger geschiedene Prinzessin Ubolratana erklärte, sie kandidiere verfassungsgemäß als »einfache Bürgerin«. Die Ankündigung sorgte für politische Schockwellen: Eine Reihe von Beobachtern wertete deren Nominierung als kühnen Schachzug der Opposition, da die Prinzessin als einzig ernstzunehmende Konkurrentin Prayuts angesehen wurde. Doch nur wenige Stunden später griff König Vajiralongkorn ein: Dass Ubolratana Regierungschefin werden wolle, sei »unangemessen« und »verfassungswidrig«. Die Monarchie stehe über der Politik,

so die Stellungnahme des Palastes weiter. Daraufhin zog die *Thai Raksa Chart* die Kandidatur der Prinzessin zurück. Etwa zweieinhalb Wochen vor der Wahl erklärte das Verfassungsgericht die Partei für aufgelöst: Die Nominierung Ubolratanas sei einem verfassungswidrigen Angriff auf die Monarchie gleichgekommen.

Drei Tage vor der Abstimmung berichtete das Nachrichtenportal *Khaosod English*, dass die Armee Razzien in Häusern von Politikern anderer Parteien durchgeführt habe. Prompt hagelte es Kritik, und das nicht nur von den betroffenen Parteien selbst, sondern auch seitens der Organisation *Thai Lawyers for Human Rights*: »Die Thailändischen Anwälte für Menschenrechte sind der Ansicht, dass das Durchsuchen von Wohnungen und andere Formen der Schikane durch das Militär gegen Einzelpersonen, einschließlich Abgeordnetenkandidat\*innen ... und politischen Aktivist\*innen, inakzeptabel sind«, hieß es in einer Stellungnahme der Jurist\*innen.

Am Vorabend der Wahl äußerte sich König Vajiralongkorn erneut: So wurde im Fernsehen eine Erklärung des Monarchen verlesen, worin dieser die Bevölkerung dazu aufrief, für »gute Leute« als politische Führer\*innen zu stimmen. Wer mit Thailands politischer Dauerkrise vertraut ist, weiß, dass diese Aufforderung, die aus einer jahrzehntealten Rede des 2016 verstorbenen Königs Bhumibol Adulyadej zitierte, vor dem Hintergrund des ungelösten »Rot-Gelb-Konflikts« alles andere als wertneutral ist. Kritiker\*innen sehen darin eine kaum verbrämte Aufforderung, für das junta-treue Lager zu stimmen anstatt für die »schlechten« Politiker\*innen im Dunstkreis des 2006 vom Militär gestürzten Thaksin Shinawatra. Zuvor kursierten Fotos, die Prinzessin Ubolratana als Ehrengast auf der Hochzeit von Thaksins jüngster Tochter in Hongkong zeigten. In den Augen des alten Establishments gilt der frühere Premierminister als Wurzel allen Übels und als Auslöser des politischen Chaos zwischen 2006 und 2014. Dabei ignorieren die Unterstützer\*innen der erzkonservativen Eliten, allgemein als »Gelbhemden« bezeichnet, bewusst den eigentlichen Kern des Problems: Nämlich dass die »gelbe« Seite treibende Kraft der Eskalation war. Die ultra-royalistischen Kreise empfinden es bis heute als Zumutung, dass die »Rothemden«, die

Am Morgen  
nach dem Putsch  
vom 22. Mai  
2014 (Foto:  
Holger Grafen).



weitgehend, wenn auch nicht alle, Anhänger\*innen Thaksins sind, sich dem Status Quo widersetzen und politische Gleichberechtigung sowie die Anerkennung von Wahlergebnissen forderten. Entsprechend war das politische Klima lange vor dem jüngsten Putsch vom Mai 2014 vergiftet und die Gesellschaft tief gespalten.

Nach der Äußerung aus dem Palast hagelte es Reaktionen in den sozialen Netzwerken. Das Hashtag »Wir sind bereits erwachsen und können für uns selbst entscheiden« eroberte laut Onlineportal *Prachatai* binnen kürzester Zeit einen Spitzenplatz auf Twitter. »So viel zum Thema, dass die Monarchie über der Politik steht«, monierten Nutzer\*innen. Kritik dieser Art erfordert Mut, denn die Strafen für Verstöße gegen das »Gesetz gegen Majestätsbeleidigung« sind bekanntlich drakonisch: Wer laut Paragraph 112 des thailändischen Strafgesetzbuches für schuldig befunden wird, das Königshaus verunglimpft zu haben, dem drohen pro Anklagepunkt zwischen drei und 15 Jahren Haft.

Fast zeitgleich veröffentlichten die unerschrockenen Musiker der Gruppe *Rap Against Dictatorship* ihren neuen Song »250 Speichellecker«, der nichts anderes ist als ein neuer Seitenhieb

auf das Militärregime, das sich seine Macht nicht nur durch ihm ergebene Senator\*innen zu sichern versucht, sondern auch sonst vor nichts zurückschreckt. Bereits im Herbst 2018 hatten die Rapper Machtmissbrauch, Menschenrechtsverletzungen und Korruption unter der Junta in ihrem Hit »Prathet Ku Mee« (Was mein Land hat bzw. ist) angeprangert.

Insgesamt wächst angesichts der unübersichtlichen Lage und zahlreichen Betrugsvorwürfe bei vielen der Frust. Bis zum Abend des 5. April hatten fast 850.000 Menschen eine Online-Petition unterschrieben, in der sie forderten, die Mitglieder der zunehmend als inkompetent und parteiisch kritisierten Wahlkommission zu feuern. Das wiederum nahm Juntachef Prayut zum Anlass, gegen die Kritiker\*innen zu wettern: Personen mit üblen Absichten verbreiteten verzerrte Informationen in den sozialen Netzwerken, um Unruhen auszulösen, zitierte ihn die *Bangkok Post* am 2. April. Indes beeilte sich Prayuts Stellvertreter, Thailands Verteidigungsminister Prawit Wongsuwan, zu versichern, die Wahlkommission habe »einen guten Job gemacht«. Letztere versuchte wenig glaubwürdig, Abweichungen und Widersprüche zunächst mit »menschlichen Irrtümern« und später mit Com-

puter-Problemen zu erklären und sorgt mit immer neuen Ankündigungen eher für weitere Verwirrung denn Klärung.

## Armeechef droht Anhänger\*innen einer »linken Ideologie«

Armeechef Apirat Kongsompong, seit dem 1. Oktober 2018 in dieser Position, hielt sich ebenfalls nicht zurück: Er schwor, nur eine Regierung zu unterstützen, die loyal zum Königshaus stehe. Sollte es neue Straßenproteste wie vor dem Putsch 2014 oder gar »Bürgerkrieg« geben, hatte der Armeechef, selbst Sohn eines Putschistenführers von 1991, schon kurz nach Antritt seines Postens mit der Möglichkeit eines weiteren Staatsstreichs gedroht. Zugleich machte er unmissverständlich klar, er werde gegen die vorgehen, die im Ausland studiert hätten, einer »linken Ideologie« anhängen und daher versuchten, die staatliche Doktrin von »Nation, Religion und Monarchie« zu untergraben. Politischen Beobachter\*innen und Journalist\*innen zufolge richteten sich diese Drohungen vor allem gegen die Führungsspitze der bei den Wahlen so erfolgreichen *Future Forward Party*, zu der außer Thanathorn Juangroongruangkit auch Generalsekretär Piyabutr Saengkanokkul zählt, ein in Frankreich ausgebildeter Rechtsexperte.

Schützenhilfe leistete dem Armeechef eine Gruppierung, die aus ihrer offensichtlich rechten Gesinnung keinen Hehl macht. Die *Political Civic Group* forderte die Wahlkommission auf, die *Future Forward Party* aufzulösen, wie die *Bangkok Post* am 2. April berichtete. Die Partei unterminiere die Monarchie und sei eine »Höhle von Anti-Monarchisten, deren Mitglieder sich einer antimonarchistischen Rhetorik bedienen, um Hass gegen die verehrte Institution zu schüren«, zitierte das Blatt den führenden Kopf der Gruppe, Surawat Sangkharoek.

Unterdessen häufen sich die Anzeigen gegen den *Future-Forward Party*-Vorsitzenden Thanathorn, den das Militärregime unter anderem der »Aufwiegelung« bezichtigt. Ihm sei nicht wohl dabei, möglicherweise vor ein Militärgericht gestellt zu werden, bekannte der 40-jährige Poli-

ker, der am 6. April von der Polizei einbestellt wurde. Zugleich wies er alle Vorwürfe zurück: »Ich frage mich, wie der Ruf nach Wiederherstellung der Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit als extrem linksgerichtet angesehen werden kann«, zitierte ihn die thailändische Zeitung *The Nation* als Reaktion auf die provokativen Äußerungen Apirats.

Gegen das drakonische Vorgehen der Junta, die sich selbst »Nationaler Rat für Frieden und Ordnung« (NCPO) nennt, hagelte es Proteste und Kritik: »Die Anklage wegen Aufwiegelung in einer Militärdiktatur ist nichts anderes als eine Anklage gegen diejenigen, die eine Bedrohung für den Militärstaat darstellen«, schrieb der prominente Journalist Pavit Rojanaphruk, der für *Khaosod English* arbeitet, am 4. April in einem Eintrag auf Facebook. Ähnlich äußerte sich der in Thailand lebende deutsche Politikwissenschaftler Michael H. Nelson: »Dies ist unsäglich obszön, ebenso wie die Tatsache, dass die herrschende Junta selbst nach den Wahlen weiterhin Vorwürfe gegen Personen erheben kann, die an völlig legitimen Protesten gegen ihre widerrechtliche Aneignung der Volkssouveränität teilgenommen haben.«

Dass das amtliche Endergebnis erst nach der Krönung von König Vajiralongkorn offiziell bestätigt werden soll, dürfte ebenso wenig Zufall sein wie die zeitliche Festlegung des Wahltermins am 24. März. Denn Kritiker\*innen, die sich weiterhin über Stimmenkauf und andere Manipulationen beschwerten, könnte dies inmitten der Vorbereitungen für die Krönungsfeierlichkeiten vom 4. bis 6. Mai als Respektlosigkeit gegenüber der Monarchie ausgelegt werden. Klar sind nur wenige Dinge: Freiwillig wird die Junta nicht von der Macht lassen. Zugleich macht der Urnengang deutlich, dass das buddhistisch dominierte Königreich tief gespalten bleibt. Auf der einen Seite stehen Anhänger\*innen der Junta, die auch in Zukunft ein diktatorisches Regime wollen oder sich angesichts der politischen Grabesruhe der vergangenen fünf Jahre zumindest einreden, dass Thailand endlich auf einem guten Weg sei. Auf der anderen Seite sind jene Wähler\*innen zu finden, die sich einen nachhaltigen demokratischen Aufbruch wünschen. So warnt ausgerechnet das Militär, das sich als Garant von Frieden und Ordnung insze-



Am frühen Morgen vor einem Wahllokal im Bezirk Ratchathewi, Bangkok. Auf dem Brett vor dem Wahllokal befindet sich die Liste aller Kandidat\*innen für diesen Wahlkreis (Foto: privat)

niert, in Wirklichkeit aber einer der treibenden Akteure der politischen Krise war und ist, vor einer Neuauflage des Konflikts.

### »Hoffnung nicht aufgeben«

Trotzdem dürfe man die Hoffnung nicht aufgeben, meint Pravit Rojanaphruk. »Die Hoffnung hält uns am Leben, und nach den Parlamentswahlen vom 24. März ist nicht alles verloren«, kommentierte der Journalist am 6. April für *Khaosod English*. Er begründet das unter anderem mit dem Engagement junger Aktivist\*innen, der Zahl an Erstwähler\*innen sowie der wachsenden Bedeutung sozialer Netzwerke. Im Hinblick auf eine Anmerkung von Armeechef Apirat, letztere seien mittlerweile »mächtiger«

und effektiver als die Waffen der Streitkräfte, spricht der Journalist von einem »Kontrollverlust der Junta und des ultra-konservativen Establishments«: »Die Machthaber haben den jungen und nicht so jungen Leuten vorgeworfen, in sozialen Medien einer Gehirnwäsche unterzogen zu werden, aber die Realität ist, dass die Thailänder\*innen lernen, selbst zu entscheiden, was wahr und falsch, Recht und Unrecht ist.« Fast neun Jahrzehnte seien seit der Revolte von 1932 vergangen, durch die in Thailand die absolute Monarchie abgeschafft worden sei. Seither seien einige Erfolge erzielt worden, trotz wiederholter Versuche von Machthabern, eine Diktatur und semi-feudale Gesellschaft aufrecht zu erhalten, so Pravit weiter: »Die Fortsetzung des Widerstands am Wahltag und darüber hinaus ist für Thailand eine weiterhin unbestreitbare Quelle der Hoffnung.«

## Weiterführende Links

<https://anfrel.org/anfrel-interim-report-on-the-conduct-of-the-2019-thai-general-election/>

<http://www.khaosodenglish.com/opinion/2019/04/06/why-we-should-still-be-hopeful-for-thailand/>

<https://prachatai.com/english/node/7990>

<https://www.newmandala.org/elite-realignment-a-populist-moment-reflections-on-thailands-2019-general-elections>

<http://www.thebackgroundd.in/world/thailands-election-confirms-the-countrys-deep-political-divide>

### Die Autorin

**Nicola Glass** hat dreizehn Jahre als Südostasien-Korrespondentin in Bangkok gearbeitet. Zurück in Deutschland ist sie weiter als freie Journalistin tätig sowie Mitglied im Kuratorium der Stiftung Asienhaus. Im September 2018 erschien ihr Buch »Thailand. Ein Länderporträt« im Christoph-Links-Verlag.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

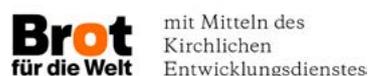
Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und



und



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

### Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

### Impressum

V. i. S. d. P.:

Raphael Göpel | Stiftung Asienhaus  
Hohenzollernring 52

50672 Köln

Tel.: 0221|71 61 21-25

Email: [raphael.goepel@asienhaus.de](mailto:raphael.goepel@asienhaus.de)

Web: <https://www.asienhaus.de>

Design and Production:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)